

Antrag an die Teil-PV des unterrichtenden Personals

am 2. März 2016

Zuspitzung 2016

Genau vor einem Jahr hat die PV des unterrichtenden Personals einen detaillierten und schlüssigen Vorschlag für ein Personalentwicklungskonzept verabschiedet. Zur PV am 26.11.2015 wurden Forderungen nach „Sofortmaßnahmen“ vorgelegt und von diesem Gremium unterstützt.

Der einheitliche Hintergrund dieser Papiere bestand darin, dass das Schulsystem strukturell unterfinanziert ist. Dies führte und führt weiterhin zu einem stetigen Ansteigen der Arbeitsbelastung und einer Verschlechterung der Lern- und Arbeitsbedingungen. Mittlerweile ist zudem die Migrationsdynamik in den Schulen angekommen.

Trotz einiger positiver Ereignisse (Referendarszahlen, Weiterbildung Sonderpädagogik) ist eine Schulentwicklung, die den Erfordernissen der Zeit Rechnung trägt, ernsthaft gefährdet. Die Untätigkeit der Landesregierung in einer für Schule unzumutbaren haushaltslosen Zeit, der kleinliche Streit um einzelne Stellen und das nicht lösungsorientiert vom Senat inszenierte Sommertheater („Landeslehrer*innen“) zwingt die Schulen von einer Notlage in die nächste. Im Ergebnis baden die Kollegien die Situation aus. Nur das engagierte Handeln der Mitarbeiter*innen sichert derzeit noch den Schulbetrieb.

Dennoch wird von den politisch Verantwortlichen offen von weiteren Verschlechterungen gesprochen, wie beispielsweise der Erhöhung der Klassenfrequenzen, der Einrichtung zusätzlicher Klassen bei gleicher Raumkapazität u.v.a.m. In zunehmendem Maße reichen Kolleg*innen zudem im Schulamt so genannte „Freigabebeanträge“ in der Hoffnung auf bessere Arbeitsbedingungen u.a. im niedersächsischen Umland ein.

Mit der existierenden Beschlusslage im Rücken muss die PV nicht jedes notwendige Verbesserungsdetail einfordern. In der zugespitzten Lage müssen vielmehr Leitlinien den notwendigen „Richtungswechsel“ benennen. Somit fordert die PV:

- Zusätzliche Lehrkräfte bis zum Sommer 2017 in Höhe von mindestens 450 Stellen (280 laut Modellrechnung des Schulamtes, 170 für Inklusion plus Armut);
- die Verabschiedung einer Zuweisungsrichtlinie, die Sozialindikatoren und wirkliche Bedarfe zur Grundlage der Bedarfsberechnung nutzt (und kein festes Budget vorab festschreibt);
- eine umfassende „Qualifizierungsoffensive“ für verschiedene Personengruppen sowie eine deutliche Erhöhung der Referendar*innen- und Praktikant*innenzahlen bei entsprechender Entlastung der Mentor*innen;

- eine Analyse der Raumsituation und Planungen von Standorten für in naher Zukunft neu zu bauende Schulen
- sowie
- kommunale Maßnahmen gegen die Abwanderungstendenzen von Kolleg*innen.

Die Arbeit wird nicht weniger, dazu noch vielfältiger. Als Konsequenz daraus fordert die PV eine Abkehr von der Ausschöpfung arbeitsverdichtender Maßnahmen (z.B. die Auflösung der Doppelbesetzung oder die zunehmende Summe „gesteckter“ Springstunden oder Zusatzverträge bei Referendar*innen oder ...) und eine generelle Senkung der Unterrichtsverpflichtung.

Begründung erfolgt mündlich.

Antragsteller*innen: Inga von Hagen, Peer Jaschinski, Nick Strauss, Bernd Winkelmann, Karin Kufahl, Ekkehard Schröter, Dorothea Schulz, Norbert Brandt